



VNSB-Landesvorstand beim Nds. Ministerpräsidenten



Hauptvorstandssitzung des VNSB

Seite 12 / 13

VNSB-Landesvorstand beim Nds. Ministerpräsidenten S. Weil

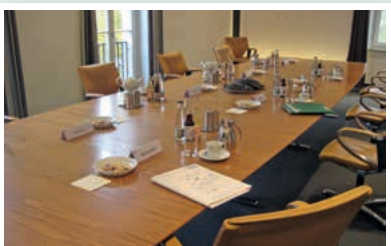
Seite 16 - 18

Ortsverband Uelzen ehrt für 40-jährige Mitgliedschaft

Seite 22 / 23



**Hauptvorstandssitzung
des VNSB** Seite 12 / 13



**VNSB-Landesvorstand beim
Nds. Ministerpräsidenten
S. Weil** Seite 16 - 18



**Ortsverband Uelzen ehrt
für 40-jährige Mitglied-
schaft** Seite 22 / 23

IMPRESSUM

Herausgeber
VNSB
Berliner Ring 14 – 27432 Hipstedt-
Homepage: www.VNSB.de

Layout & Druck:
MegaDruck GmbH & Co. KG
Am Haferkamp 4 · 26655 Westerstede
www.megadruck.de

Der Preis ist im Mitgliedsbeitrag
enthalten.

Für unverlangt eingesandte Manuskrip-
te wird keine Haftung übernommen,
sie können nur zurückgegeben werden,
wenn Rückporto beigefügt ist. Nament-
lich gekennzeichnete Artikel geben nicht
unbedingt die Meinung des VNSB wie-
der. Der VNSB übernimmt für Anzeigen
keine inhaltliche Verantwortung.

**Redaktionsschluss für die
Ausgabe 1/2022:
März 2022**

Landesvorstand

Vorwort	S. 03
40. Bundesgewerkschaftstag vom Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands in Niedersachsen – neue Bundesleitung gewählt	S. 04–05
Jugend- und Auszubildendenwahl 2022	S. 06
BSBD-Ländertreffen – Themenland Bremen	S. 08–09
Hauptvorstandssitzung des Verbandes Niedersächsischer StrafvollzugsBediensteter	S. 12–13
VNSB-Landesvorstand beim Niedersächsischen Ministerpräsidenten	S. 16–18
Ein trauriger Jahrestag - Salinenmoor-Geiselnahme geschah vor 25 Jahren	S. 19

Ortsverbände

Hamel	S. 21
Uelzen	S. 22–24
Wolfenbüttel	S. 25

Sonstiges

Impressum	S. 02
Vorteile für Mitglieder	S. 07
Beitrittserklärung	S. 15
Termine	S. 18
Änderungsmeldung	S. 20
Fachgruppenvertreterinnen und Vertreter	S. 25
Landesvorstand und Ortsverbandsvorsitzende	S. 27

**Diese Zeitschrift bitte aus Datenschutzgründen
nicht an Inhaftierte weitergeben!**



Oliver Mageney
Landesvorsitzender
VNSB

Mitstreiterinnen und Mitstreiter, sehr geehrte Leserin, sehr geehrte Leser,

die Beharrlichkeit des **Verbandes Niedersächsischer Strafvollzugs Bediensteter** hat sich ausgezahlt:

Nachdem der Landesvorstand des **VNSB** im August 2021 schmerzlich feststellen musste, dass, obwohl von Seiten der Justizministerin ganz oben auf der Prioritätenliste angesiedelt, wieder einmal so gut wie Nichts für die Verbesserung der personellen Situation im Vollzug zu erwarten war - es waren hier lediglich ganze 10 Stellen (BV/VZE) für die Haushalte 2022/2023 vorgesehen; hiervon mussten dann 4 Stellen auch noch zur Gegenfinanzierung der ärztlichen Versorgung im Vollzug erhalten - wurde ‚mobil‘ gemacht.

Der Landesvorstand des **VNSB** wäre nicht der, der er ist, würde er das so hinnehmen! Unermüdlichen wurden fortan Gespräche mit allen Verantwortlichen in der Politik geführt. Einhellige Meinung bei SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen: Das ist zu wenig für den Justizvollzug!

Im November fanden dann die Verhandlungen über die politische Liste statt. Vorab hatte man uns - wohlgemerkt aus Reihen des Justizministeriums - wenig Hoffnung gemacht, dass man da noch viel erreichen könne.

Aber hier zeigte sich, was die Demo am Landtag-, das Herantreten an die Landespolitik- und das Highlight, das Gespräch mit unserem Ministerpräsidenten bewirkt hatte. Denn nach hart aber konstruktiv geführten Verhandlungen zwischen den Justizpolitikern und den Haushaltspolitikern stellte sich doch noch folgende Erfolgsmeldung ein:

Für die Haushalte 2022/2023 stelle die Landesregierung 20 Stellen/BV im Gesamtvolumen von 875.000 Euro pro Jahr zu Verfügung.

Durch die Initiative des **VNSB** sind somit 20 neue Stellen für den Strafvollzug über die politische Liste geschaffen worden. Die Politik ist sich einig, dass sich die eingebrachten Stellen über den 31.12.2023 verstetigen werden.

Auch ist man sich fraktionsübergreifend einig, dass es sich nur um einen kleinen Schritt Richtung Verbesserung der Personalsituation im Justizvollzug handelt. Aber der erste Schritt ist oft der Schwerste und ist nun getan. Wir werden nicht nachlassen, die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten. Das geht aber nur gemeinsam mit Euch; mit der Unterstützung unserer Politiker von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sowie in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Justizministerium.

Ich wünsche allen ein Frohes Fest, einen guten Rutsch und vor allem Gesundheit.

Oliver Mageney
Landesvorsitzender VNSB

40. Bundesgewerkschaftstag vom Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands in Niedersachsen – neue Bundesleitung gewählt

Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) vertritt, unter dem Dach des DBB, bundesweit die Interessen der 38.000 Bediensteten im Justizvollzug. Er ist mit rund 25.000 Mitgliedern die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Justizvollzug der Bundesrepublik Deutschland. Besonders wegen der seit dem 01. Januar 2008 veränderten Länderkompetenzen ist eine länderübergreifende Zusammenarbeit der BSBD Landesbünde notwendig.

Die Gewerkschaftsarbeit in den Bundesländern

mit den Delegierten aus den Landesverbänden nun zum 40. Bundesgewerkschaftstag in Niedersachsen (Soltau) zum kollegialen Schulterchluss und zur anstehenden Wahl einer neuen Bundesleitung zusammen.

Als Verband aus dem gastgebenden Bundesland stellte der **Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter (VNSB)** das Organisationsteam für einen reibungslosen Ablauf. Der nds. Landesvorsitzende Oliver Mageney stand neben Klaus Neuenhügens (HH) und Anja Müller (Hessen) dem Präsidium vor.



VNSB beim 40. BSBD-BGT

kann einer ländergrenzenübergreifenden Zusammenarbeit, mit einem umfangreichen Informations- und Erfahrungsaustausch der Ministerien und Justizminister, welche nach wie vor zweimal jährlich organisierte Amtschefkonferenzen und Justizministerkonferenzen abhalten, nicht nachstehen.

Nach 2011 in Rheinland-Pfalz (Lahnstein/Koblenz) und 2016 in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock) kamen 2021 vom 09. – 11.11. der Bundeshauptvorstand und die Bundesleitung

Ein Top-Ergebnis erzielte der Bundesvorsitzende René Müller (HH) bei seiner Wiederwahl bei 100 % Stimmenabgabe ohne eine einzige Gegenstimme. Ebenfalls wiedergewählt wurden die stellvertretenden Vorsitzenden Alexander Sammer (Bayern) der nach wie vor das Amt des Schatzmeisters führen wird sowie Sönke Patzer (SH) und Horst Butschinek (NRW). Da Anja Müller (Hessen) und René Selle (HH) nicht erneut für eine weitere Stellvertretung kandidierten, wurden als neue Mitglieder Dörthe Kleemann (Branden-



burg) und Martin Kalt (Niedersachsen) als weitere stellv. Vorstandsmitglieder gewählt.

Für den **VNSB** und Niedersachsen ein toller Erfolg, einen Kollegen aus den eigenen Reihen im Vorstand auf Bundesebene vertreten zu sehen. Dieser wurde noch ergänzt durch die Wiederwahl (siehe **VNSB-Info** 04/2016, S. 24) im Amt des **VNSB-Landesvorstandsmitglied** Friedhelm Hufenbach zum Kassenprüfer welches er gemeinsam mit Georg Konrath (Ba-Wü) ausführen wird. Lars Rinklin (Ba-Wü) und Moritz Otto (Hessen) wurden als stellv. Kassenprüfer gewählt.

Den Kern aus den anschließenden intensiven Gesprächen auf dem 40. BGT in Soltau kann man in etwa wie folgt zusammenfassen: Die Erfahrungsberichte aus den Verbänden zeigten aufs Neue die immense Bedeutsamkeit gewerkschaftlicher Arbeit und auch die Wichtigkeit, eine gemeinsame und solidarische gewerkschaftliche Direktive zu verfolgen! Es kristallisierte sich allenthalben heraus, dass die Ministerien wie auch der politische Raum auf Bundes- wie auch auf Landesebene scheinbar immer noch nicht ganz begriffen haben, dass der Vollzug einen unersetzlichen Beitrag zum Gemeinwohl leistet! Zudem wurden zu den Problemen des föderalistischen Systems referiert und insbesondere Unverständnis über die gravierenden Unterschiede in Besoldung, Laufbahnregelungen und Strafverfolgung gesprochen. Zudem wurde unter anderem zum Thema einer bundesweiten statistischen Erhebung über die äußerst begrenzten Einsatzmöglichkeiten von Bodycams im Vollzug und die möglichen Vor- sowie Nachteile von Tasern als

auch über die Unterbringung von Extremisten diskutiert.

Am 11.11. zur öffentlichen Veranstaltung sprach der geladene **Bundvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes (DBB) Ulrich Silberbach vor dem Plenum und fordert von der neuen Bundesregierung eine Initiative zur Modernisierung des Strafvollzugs:**

„Bund und Länder haben mit dem ‚Pakt für den Rechtsstaat‘ in den letzten beiden Jahren einige wichtige Verbesserungen auf den Weg gebracht. Doch nun müssen wir darüber hinausdenken. Und dazu gehört für uns ganz klar, dass nach den Gerichten und den Polizeibehörden auch der Strafvollzug gestärkt und modernisiert wird“. Gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden politischen und religiösen Radikalisierung in Teilen der Gesellschaft seien die Anforderungen an die Beschäftigten im Strafvollzug erneut gestiegen, betonte Silberbach: „Wenn wir nicht wollen, dass unsere Justizvollzugsanstalten zu regelrechten ‚Hotspots der Radikalisierung‘ werden, müssen wir dort investieren. Das betrifft alle Bereiche: die Gebäude, die Ausrüstung, die Personalausstattung. Und das betrifft natürlich auch die Attraktivität des Berufsfeldes. Hier erwarten wir von den Ländern bereits in den laufenden Tarifverhandlungen einen großen Schritt in die richtige Richtung. Aber das kann nur ein Anfang sein, wir brauchen zeitnah größere Anstrengungen von Bund und Ländern gemeinsam.“

Für den **VNSB-Landesvorstand**
Ralf Schlütemann
-Schriftleitung-

Jugend- und Auszubildendenwahl 2022

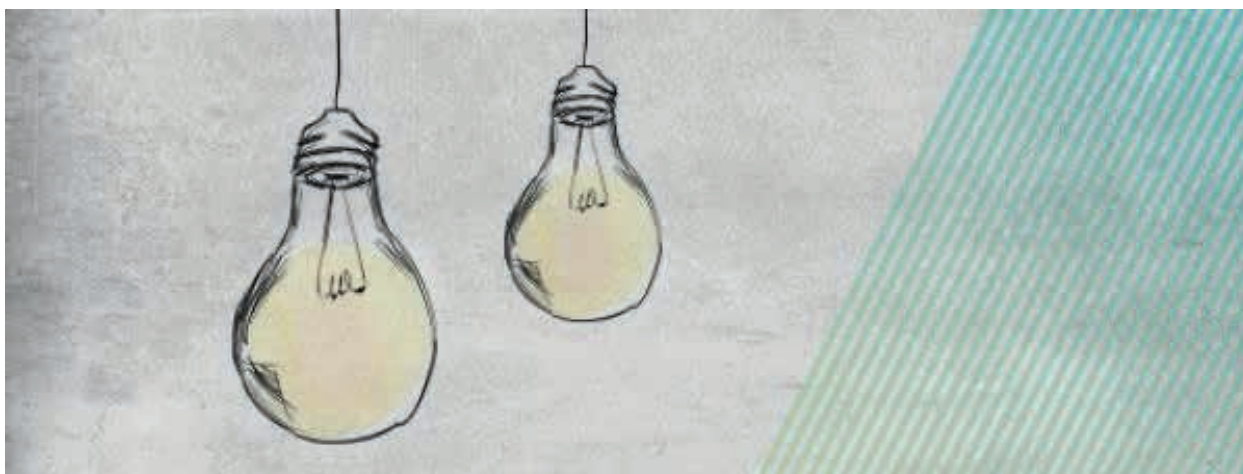


Liebe Kolleginnen und Kollegen,
im März 2022 finden die Wahlen der
Jugend- u. Auszubildendenvertretung
statt.

Der Landesvorstand des VNSB möchte auf diesem Wege alle jungen Kolleginnen und Kollegen dazu ermuntern, sich für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen.

Bitte unterstützt unsere jungen Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich bereit erklären, in diesem Gremium verantwortlich mitzuarbeiten.

Der Landesvorstand des VNSB



**VERBAND NIEDERSÄCHSISCHER STRAFVOLLZUGSBEDIENSTETER
-FACHGEWERKSCHAFT IM NIEDERSÄCHSISCHEN JUSTIZVOLLZUG-**

Vorteile für Mitglieder

Rechtsschutz

Rechtsschutz und Rechtsberatung in allen dienstlichen Angelegenheiten und Einzelvertretung in allen beamten- und tarifrechtlichen Fragen über das Dienstleistungszentrum des DBB gemäß der gültigen Rechtsschutzordnung des dbb

Informationen

Informationen aus 1. Hand durch unsere Zeitschriften und unsere Internetseite www.vnsb.de

Mitgliedsbeitrag

Günstige Beiträge für alle bei uns organisierten Mitglieder

Höchstleistungen für

Verlust von Schlüsseln: € 200.000.-
 Personenschäden: € 2.000.000.-
 Sachschäden: € 1.000.000.-
 Vermögensschäden: € 100.000.-

Unterstützung

Hinterbliebenenhilfe im Sterbefall: € 250.-
 Hinterbliebenenhilfe bei Unfalltod: € 500.-

Fortbildung unserer Personalratsmitglieder

Schulungs- und Bildungsveranstaltungen für unsere Personalratsmitglieder. Zuzüglich der Fachzeitschrift für Personalvertretungen des DBB

Kostenlose Unfallversicherung für alle VNSB-Mitglieder, die Beamte auf Widerruf oder auf Probe sind.

Bei einer Invalidität ab 20% und einer Vollzugsunfähigkeit durch einen Unfall, dienstlich oder privat, beträgt die Versicherungssumme € 10.000.-

Kostenlose KFZ-Dienstwagenversicherung für alle VNSB-Mitglieder, die Dienstfahrzeuge fahren.

Diese Versicherung tritt ein, wenn nicht alle Kosten bei einem Unfall mit dem Dienstwagen durch den Arbeitgeber übernommen werden.



VNSB

BSBD-Ländertreffen – Themenland Bremen

Am 12.09.2021 war es endlich wieder so weit. Nach einem Jahr Coronaunterbrechung trafen sich Mitglieder aus den BSBD-/VNSB-/LVHS-/BSJ-/JVB-Landesvorständen aller Bundesländer zum gemeinsamen Austausch im Rahmen des Ländertreffens. Nur die Vertreter aus Schleswig-Holstein, Brandenburg und Bayern konnten leider nicht teilnehmen. Der niedersächsische Landesverband VNSB unterstützte die Gastgeber des Themenlandes aus der Hansestadt Bremen und empfahlen ihren Stammtagungsort, Hotel Gieschen's, in Bremens in unmittelbarer Nachbarschaft gelegenen Stadt Achim.

Der Bundesseminarleiter Winfried Conrad empfing die angereisten Teilnehmer am Sonntagabend zum gemeinsamen Abendessen bevor es noch in

Am Montag folgten weitere Berichte: Aus Baden-Württemberg konnte äußerst positiv vermeldet werden, dass die Stellenobergrenze von 40 % in A9 fast erreicht ist. Eine massive Überstundenproblematik und Überbelegung stehen dem entgegen.

Berliner Kollegen profitieren von der Hauptstadtzulage in Höhe von 150,- €. Haben aber mit einem riesigem Verwaltungsaufwand durch das neue Antidiskriminierungsgesetz zu tun. Abwerbungsoffensiven durch das Nachbarbundesland Brandenburg, auch mit dem Einstiegsamt A8 versehen, macht den Berlinern immer wieder zu schaffen.

In Hamburg liegt der Änderungsantrag zur Laufbahnverordnung zur Öffnung des mittleren

Dienstes bis A11 dem Hamburger Senat vor. Als problematisch könnte sich hierbei ergeben, dass der gehobene Dienst eben auch nur bis A11 tituliert ist.

Den Kollegen/innen aus Hessen steht das Hessenticket des ÖPNV als Jobticket gratis zur Verfügung, was aber auch mit einem Haken versehen ist: 0,8 TV-L Punkte gehen den

Koll. verloren weshalb sich die Nutzung nicht lohnt. Angedachte sog. Bodycams erhalten keinen Zuspruch aus dem HPR und den öPR. Eine Beteiligungspflicht der PR vor Ort steht noch komplett aus.

Mecklenburg-Vorpommern kann vermelden, dass das seit den 90'er Jahren eingefrorene Weihnachtsgeld zur Dynamisierung wieder freigegeben wurde. Auch konnte eine Erhöhung der allgem. Stellenzulage auf 127,- € erwirkt werden.

Der Landesvorsitzende Oliver Mageney und der Landesschriftführer Ralf Schlütemann berichteten vom VNSB aus Niedersachsen. Durch gute Kontakte zur politischen Ebene konnte man hier



eine abendliche erste Sitzung ging. Hier berichtete der Vorsitzende, Koll. Sven Stritzel aus dem Verband des gastgebenden Themenlandes Bremen. Interessiert waren die anwesenden Kollegen/innen vor allem an dem in Bremen neu eingeführten Eingangssamt A8 im Justizvollzug und dessen Auswirkungen auf den Dienst und bspw. die Bewerberlage bei Neueinstellungen. Auch konnte festgestellt werden, das Bremen das einzige Bundesland ist, indem Dienst zu ungünstigen Zeiten bereits Mo. – Do. ab 15:00 Uhr und Fr. ab 13:00 Uhr vergütet wird, was sich für die Kollegen/innen in HB mit ca. 150,- - 200,- mtl. bemerkbar macht. Dies nahm sich so mancher Vertreter aus den anderen Bundesländern mit auf seine Agenda.

erst einmal dafür sensibilisieren, wie der Vollzug überhaupt ‚tickt‘. Auch die einheitliche Sprache zur Personalbewirtschaftung „Vollzeiteinheiten (VZE)“ konnte erreicht werden, so dass nicht länger aneinander vorbeigeredet wird, wenn es um Stellen geht. Man ist auch in Niedersachsen intensiv bemüht daran, die Stellenobergrenze umgesetzt zu wissen.

In Nordrhein-Westfalen leiden die Kollegen/innen unter 400.000 Überstunden was ca. 67 Std./Bed. Ausmacht. Durch alle Laufbahnen sind 1.000 neue Stellen geschaffen worden mit dem Problem, diese nicht ausreichend besetzen zu können. Der Landesvorstand strebt A8 als Eingangssamt nur dann an, wenn gleichzeitig eine Öffnung des mittleren Dienstes nach oben gewährleistet ist. Bisher können nur bestimmte Dienstposten, wie z. B. der LdaV nach A11 befördert werden. Erfolglos war man bis dato mit dem Kampf zur Einführung der Freien Heilfürsorge für den Justizvollzug.

Ebenfalls mit knapp 200.000 Überstunden = 110 Std./Bed. haben die Rheinland-Pfälzer zu kämpfen. Nicht verhindern konnte man eine Ausbildungsreform, die nur noch 18 Monate Ausbildungszeit für den AVD an einer Vollzugsschule ohne Unterkünfte vorsieht. Zudem ist keine benotete Laufbahnprüfung mehr vorgesehen. Neben der Abwertung des Ausbildungsstandart hat dies weiter dazu geführt, dass die Einstellungstermine komplett unbekannt sind. Bei gleichzeitiger Überlegung anderer Europäischer Länder (Skandinavien), den Justizvollzug zu einem Bachelor-Studiengang zu qualifizieren, ist die Maßnahme aus RLP auf allgemeines Unverständnis gestoßen.

Die Kollegen/innen aus dem Saarland kämpfen nach wie vor für eine Erhöhung der Gitterzulage, die derzeit bei 95,- € liegt. 80 – 90 Überstunden/Bed., in der Summe 40.000 Std. sind Standard. Im Saarland musste die Sozialtherapeutische Abteilung zur Einrichtung einer Corona-Quarantänestation ihren Dienst vorübergehend einstellen; wann die SothA wieder ans Netz geht, ist noch offen.

In Sachsen befindet sich die Freie Heilfürsorge für den Vollzug gerade in der Prüfungsphase.

In Sachsen-Anhalt konnten 2021 von 45 freien Stellen lediglich 15 besetzt werden. Im Vollzug herrsche ein hoher Altersdurchschnitt von knapp 50 Jahren. Statt der Gitterzulage wurde zuletzt die Stellenzulage erhöht; gleichzeitig die der

Polizei aber auch. Zudem wurden die Gerichtswachtmeister dem Vollzug gleichgestellt.

Thüringen zahlt keinen Anwärtersonderzuschlag mit dem Ergebnis, dass auf 40 freie Stellen lediglich 80 Bewerber fallen. Stellenausschreibungen werden im Blockverfahren ausgeschrieben. D. h., dass bei Klagen gleich stets mehrere Stellen gleichzeitig blockiert werden. Durch ein Gericht errechnet wurde eine verfassungswidrige Besoldung festgestellt.

Einheitlich bis auf eine Ausnahme berichten die Landesvorstände über die insgesamt gute Pandemieabwicklung ihrer jeweiligen Ministerien. Festzuhalten bleibt die in vielen Bundesländern vorherrschende hohe Stundenbelastung und bestehender Urlaubsstau. Festzustellen ist, dass trotz Maßnahmen in einigen Bundesländern wie der Erhöhung des Einstellungsamtes oder der Öffnung des mittleren Dienstes bis A11 (Bayern sogar A12) der Justizvollzug mit Abwerbungen und Abwanderungen-, insbesondere zu Bundesbehörden zu kämpfen hat! Hierzu wollen wir uns Gedanken machen.

Dienstag konnten die Teilnehmer den Ausführungen der eingeladenen Bremer Senatsvertretern aus der Justizabteilung, Fr. Dr. Ashauer, Hr. Dr. Vollbach und Hr. Walinski lauschen. Auch von dort wurde noch einmal eindrucksvoll die Entwicklung zum Einstiegsamt A8 dargestellt. Es entwickelte sich ein reger Austausch bis über die Mittagszeit hinweg; das Plenum äußerte Dank und Respekt für die Zeit, die sich aus Bremen herausgenommen wurde.

Bis in den Abend hinein wurde sich anschließend noch mit dem Bundesvorsitzenden Koll. René Müller ausgetauscht. Hier richtete sich das Augenmerk auf den in Niedersachsen stattfindenden und durch den VNSB mit organisierten Bundesgewerkschaftstag des BSBD im November diesen Jahres.

Abschließend soll das (abendliche) Highlight der Tagung nicht unerwähnt bleiben. Der Landesvorsitzende aus Saarbrücken, Koll. Markus Wollscheid lud die Teilnehmer zu einer Weinprobe seiner mitgebrachten Spezialitäten aus der Weinregion Saarland ein. Note 1. Einheitlich wurde das Ländertreffen 2022 – Themenland Saarland für den 06. – 09.11.2022 beschlossen.

Für den VNSB-Landesvorstand:

Ralf Schlütemann
-VNSB-Schriftleitung-

**Kompetenz-
Center
Verbände und
Gewerkschaften**

**Die bessere
Bank für
Gewerkschaften
und Verbände
aus dem
öffentlichen
Dienst.**

Interesse geweckt?



Wir sind für Sie da:
in Ihrem Kompetenz-Center Verbände
und Gewerkschaften
per Telefon 0721 141-3822
Fax 0721 141-2308
E-Mail verbandskonto@bbbank.de
und auf www.bbbank.de/verband

Folgen Sie uns



100
JAHRE

BB
Bank
Better Banking

100
JAHRE

BB
Bank
Better Banking

Die bessere Bank für Gewerkschaften und Verbände aus dem öffentlichen Dienst



Die BBBank wurde 1921 als Bank für Beamte gegründet. Heute, 100 Jahre später, bieten wir Kunden aus dem öffentlichen Dienst sowie allen Privatkunden bundesweit kundennahe und moderne Banking-Lösungen.



Mit unserem kostenlosen Verbandskonto¹, attraktiven Vorteilsangeboten und speziell geschulten Beratern sind wir aus Tradition und auch heute „Die bessere Bank für Gewerkschaften und Verbände aus dem öffentlichen Dienst“.



Unser nutzerfreundliches digitales Online-Banking Business mit kostenfreier Zahlungsverkehrs-Software „Profi cash“² vereinfacht Ihre täglichen Bankgeschäfte. In unserem Kompetenz-Center Verbände und Gewerkschaften unterstützen Sie unsere Fachberater/-innen für den öffentlichen Dienst dabei sehr gerne.



Bei uns dreht sich eben alles um eines: Sie. So verstehen wir „Better Banking“ im öffentlichen Dienst – und das seit 100 Jahren.

¹ Voraussetzung: Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen. ² Die Software ist bei Bedarf gesondert zu beantragen.

100

100 Jahre BBBank
GEMEINSAM
VORAUSS

100 Jahre BBBank

Von der Selbsthilfegruppe für badische Beamte zur modernen Bank für den öffentlichen Dienst und alle Privatkunden in Deutschland – begleiten Sie uns auf eine Zeitreise durch ein Jahrhundert Better Banking:
www.bbbank100.de

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Fachberater/-innen** für Gewerkschaften und Verbände aus dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Kostenfreies Verbandskonto¹** www.bbbank.de/verbandskonto
 - › Online-Banking Business
 - › Profi cash^{1, 2}
 - › 0,- Euro Depotgebühr³
 - › BusinessCard bzw. Firmenkreditkarte
- ✓ **Verbandsfinanzierungen⁴**
- ✓ **Kommunalkredite**
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote** für Mitglieder von Gewerkschaften und Verbänden: www.bbbank.de/verband
- ✓ **Informative Ratgeber und regelmäßige Newsletter** mit aktuellen Informationen aus dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen** Exklusive Abende für den öffentlichen Dienst, Fachvorträge und mehr
- ✓ **Seit 100 Jahren Erfahrung und Kompetenz** als Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst



¹ Voraussetzung: Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen. ² Die Software ist bei Bedarf gesondert zu beantragen. ³ Voraussetzung: Kostenloses Tagesgeldkonto für institutionelle Kunden oder Verbandskonto als Verrechnungskonto zum Depot. Die Kontoführung für das Verbandskonto bei Online-Überweisungen, ohne Echtzeit- und papierhafte Überweisungen, ist entgeltfrei. ⁴ Voraussetzung: Verbandskonto

Unsere Verbandsfinanzierungen⁴

Für die neue Verbandszentrale oder die Sanierung Ihrer Bürogebäude.

- ✓ **Neu- oder Anschlussfinanzierung**
- ✓ **Renovierungs- oder Modernisierungsdarlehen**

Nutzen Sie für Ihre Vorhaben die Vorteile unserer Verbandsfinanzierungen:

- Günstige Konditionen
- 10 oder 10 + 5 Jahre Sollzinsbindung
- Ab 500.000,- Euro Nettodarlehensbetrag
- 5 % Sondertilgung p. a. möglich
- Bis zu 12 Monate bereitstellungsfreie Zeit
- Auch als attraktives Forward-Darlehen

Für Ihren kurzfristigen Liquiditäts- oder Investitionsbedarf.

- ✓ **Eingeräumte Kontoüberziehung**
- ✓ **Ein Plus zu Ihrem kostenfreien Verbandskonto¹**

Mehr Informationen:

In Ihrem Kompetenz-Center Verbände und Gewerkschaften und auf www.verbandsfinanzierung.de

Kompetenz-Center Verbände und Gewerkschaften

Ihre persönlichen Ansprechpartner bei der BBBank

In unserem Kompetenz-Center Verbände und Gewerkschaften sind wir als speziell geschulte Fachberaterinnen für den öffentlichen Dienst mit besonderer Erfahrung und persönlichem Service Ihre Ansprechpartner rund um das Verbandskonto.



Bettina Winterer



Ricarda Hanß

- ✓ **Konto und Zahlungsverkehr**
- ✓ **Lastschriften**
- ✓ **Online-Banking**
- ✓ **Kreditkarten**
- ✓ **Verbandsfinanzierungen**
- ✓ **Kommunalkredite**
- ✓ **Geldanlagen**

Das Kompetenz-Center für Verbände und Gewerkschaften erreichen Sie von Montag bis Freitag per Telefon 0721 141-3822

Fax 0721 141-2308

E-Mail verbandskonto@bbbank.de und auf www.bbbank.de/verband



Hauptvorstandssitzung des Verbandes Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter

Ein Stückchen Normalität kehrt auch zum **VNSB** zurück und so konnte der Verband seine Hauptvorstandssitzung (HVS) vom 07.10. – 08.10.2021 auch wieder in präsenzform abhalten. Dazu lud der Landesvorstand seine Ehrenmitglieder und die Delegierten Mitglieder in Gieschen's Hotel nach Achim ein.

Der Landesverbandsvorsitzende Oliver Mageney konnte die angereisten Ehrenmitglieder Claudia Heil, Martin Kalt und Gerhard Solinski und die Vorsitzenden der 14 Ortsverbände begrüßen. Vom Ehrenvorsitzenden Willi-Bernhard Albers richtete er die allerherzlichsten Grüße und Wünsche für eine gelingende Veranstaltung aus. Willi-Bernhard befindet sich derzeit auf dem Wege der Rehabilitation nach einer schwereren Erkrankung. Gute Besserung!

Vor Feststellung der Beschlussfähigkeit und nachdem die Tages- und Geschäftsordnung angenommen wurde legten die Mitglieder eine Gedenkminute für das verstorbene Ehrenmitglied Friedhelm Lüdemann und den Fachgruppenvertreter des AVD, Dennis Hofmeister ein.

Oliver Mageney trägt nun seinen Bericht als Landesvorsitzender vor. Indem hebt er das Erreichte des Verbandes hervor, benennt aber auch die Punkte, an denen der VNSB noch am Arbeiten ist. Wie bereits schon des Öfteren berichtet, kämpft der **VNSB** immer noch für die Umsetzung des anerkannten Stellenbedarfs. Ein stets schwieriges Thema (warum eigentlich...?) gerade auch nach- bzw. noch während der Coronapandemie. Auch die Ausschöpfung der Stellenobergrenze ist nach wie vor ein Thema. Wie unterschiedlich dazu die Sichtweisen sind, erfahren wir noch. Der Paragraph 116 des NBG + die Erschwerniszulagenverordnung ist derzeit auch eine große Aufgabe des **VNSB**. Hierzu muss scheinbar in die Politik zunächst einmal überhaupt eine einheitliche Definition von „Wechselschicht“ hineingetragen werden.

Beschäftigungsvolumen in Vollzeiteneinheit = VZE ist DIE Einigung, die der Verband mit dem MJ erzielen konnte. Endlich wird bei der Überschrift ‚Personal‘ eine einheitliche Sprache gesprochen. Die mit Geld hinterlegte VZE (49.000,- €) ist die Größenordnung, die anerkannt ist, aber immer noch fehlt (200 Stk.) – und das fast in Gänze! Als weiterer großer Erfolg kann die Demonst-

ration vor dem nds. Landtag betrachtet werden. Sie hat auf den Justizvollzug aufmerksam gemacht und dem **VNSB** eine Einladung bis ins Büro des nds. Ministerpräsidenten Stefan Weil gebracht. Es bleibt trotzdem festzuhalten, dass der Vollzug weiterhin nicht groß wahrgenommen wird – weder in der Politik noch im MJ. Und so wird der **VNSB** Bilanz ziehen, u. U. wird man den jetzigen Kurs verlassen da er keine Einbahnstraße zum MJ ist. Auch der Verzicht, durch die Anstalten zu gehen und das BV-VZE neu zu berechnen, wenn die 200 anerkannten Stellen kommen, kann scheinbar ad acta gelegt werden, da sich auf diesem Sektor nichts bewegt.

Gegen 11:00 Uhr trifft die eingeladene nds. Justizministerin Fr. Barbara Havliza ein der sogleich vom Landesvorsitzenden das Wort erteilt wird. Die Frau Ministerin erwähnt 45 Stellen, die für den Vollzug geschaffen wurden. Dem kann der **VNSB** im Anschluss entgegenstellen, dass hiervon lediglich 6 im Vollzug angekommen sind, der Rest diene der Gegenfinanzierung (hier sollte irgendwann mal einheitlich gesprochen werden, denn selbst wer keinen Mathe-Leistungskurs besucht hat...!) Die Sichtweise aus dem MJ zur Stellenobergrenzenverordnung ist die, dass die Anstalten bedarfsweise ausschöpfen können, dies jedoch aus eigenen Mitteln zu finanzieren haben. Das wird vom **VNSB** als das sprichwörtliche Bonbonglas ganz oben auf dem Schrank und dazu auch noch ohne Inhalt gesehen (s. o.). Und es darf



Stell. Landesvorsitzender
Engelbert Janßen



Stellv. Landesvorsitzender
Sascha Wand



Landesgeschäftsführer
Friedhelm Hufenbach



Landesschatzmeister
Thomas Gersema



Landesschriftführer
Ralf Schlütemann



VNSB Delegierte HVS

die Frage gestellt werden, was eine Stellenmaximierung nützt, wenn sie unerreichbar ist oder gar nicht erreicht werden soll! Das kann so nicht stehen bleiben.

Einig ist man sich bei dem Erfolg durch die Demo. Gemeinsam mit der Ministerin wird der **VNSB** beim Ministerpräsidenten vorsprechen und den ‚Staffelstab‘ Richtung MF versuchen weiterzureichen. Fr. Havliza bestätigte weiter, dass sie um die Zunahme psychisch auffälliger- und religiös/politisch motivierter Gefangener genauso weiß wie über die Zunahme chemischer Substanzen in den Haftanstalten. Sie ist aktuell dankbar für jede Stelle, die sie überhaupt bei ihren Verhandlungen durchsetzen kann und möchte gemeinsam mit dem **VNSB** weiter daran arbeiten, dass der Justizvollzug als Teil der 3. Gewalt im Staate auch wahrgenommen wird. Sie betont die Wichtigkeit der Arbeit im Vollzug und weiß auch darum, dass diese leider viel zu wenig im (positiven) Blickpunkt der Öffentlichkeit steht.

Das Gremium bedankt sich aufrichtig bei Frau Ministerin Havliza für ihre Zeit und den im Anschluss durchgeführten ausführlichen Austausch bzw. das offene Ohr der Ministerin. Ein Satz aus dem Landesvorstand prägte sich dennoch bei allen ein: UNSERE GRÖßTE SCHWÄCHE IST UNSERE STÄRKE – ES FUNKTIONIERT JA IRGENDWIE IMMER TROTZDEM ALLES!

Im Anschluss legen die weiteren Landesvorstandmitglieder ihre Berichte vor, ergänzen sie bedarfsweise und gehen auf Fragen der Delegierten ein. Besondere Aufmerksamkeit ist dabei dem Kassenbericht zuzuwenden, der umfangreich durch den Landesschatzmeister präsentiert wird. Die Kassenprüfer bestätigen dem Verband eine einwandfreie Wirtschaftlichkeit und beantragen die

Entlastung des Vorstandes, welche einstimmig angenommen wird. Kommissarisch wird als neuer FGV AVD Koll. Marco Kohrs (JVA Celle) gewählt. Vielen Dank für die Bereitschaft, ein Amt mit Bedeutung im **VNSB** zu übernehmen. Glückwunsch!

Der Landesverbandsvorstandsvorsitzende kann nun noch die/den Kollegen/in Christiane Ende und Stefan Curdt für ihre Verdienste um den **VNSB** als ehemalige Vorsitzende in ihren Ortsverbänden ehren und seinen Dank aussprechen. Der Geschäftsführer des Landesvorstandes, Friedhelm Hufenbach wird für 25 Jahre Mitgliedschaft im VNSB durch Oliver Mageney geehrt. Applaus!

Zum gemeinsamen Austausch trafen am Abend auf Einladung des Verbandes noch die **VNSB**-Partner, u. a. von der dbb-Vorteilwelt ein, so dass man sich Überblick über deren Leistungen verschaffen konnten. Ebenfalls konnte der AL der JVA Lingen, Hr. M. Portmann begrüßt werden, der der designierte Vorsitzende der Anstaltsleitervereinigung ist, mit der der Verband im guten Austausch steht. Für die Politik hielt Hr. Dr. M. Genthe (FDP) die Fahne hoch. Seine Kollegen aus dem Landtag mussten leider kurzfristig aus terminlichen oder technischen (Auto) Gründen absagen. Trotzdem wurde die Anwesenheit von Herrn Dr. Genthe lebhaft dafür genutzt, um auch aus den Ortsverbänden an politische Vertreter heranzutreten und ins Gespräch zu kommen. Danke dafür!

Eine Hauptvorstandssitzung in Präsenz ging nach einem Austausch untereinander am folgenden Tag dem Ende entgegen und ist durch kein Videoformat zu ersetzen.

Für den Landesvorstand
Ralf Schlütemann
-VNSB-LV – Schriftleitung-



Vollzugsdienst-
unfähigkeits-
absicherung

Natürlich können Sie auch ohne Arbeit leben – vorausgesetzt, **es ist für alles gesorgt.**

Sie haben sich bestimmt auch an viele Dinge gewöhnt, die Ihr Leben schöner machen. Solange Sie über ein regelmäßiges Einkommen verfügen, können Sie Ihren Lebensstandard sicher auch weiterhin halten. Aber was wird aus Ihnen und Ihren Lieben, wenn Sie Ihre Arbeitskraft einmal verlieren sollten? Durch Krankheit oder Unfall – aus welchen Gründen auch immer. Lassen Sie uns darüber reden, damit für alles gesorgt ist.

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3, 44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
oed-service@signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen





Beitrittserklärung

Bitte in Druckbuchstaben oder am PC ausfüllen

Ortsverband		JVA / JA	Amtsbez. / Besoldungs- o. Vergütungsgruppe
Name		Vorname	Geburtsdatum
Postleitzahl	Wohnort		Straße
Telefon privat	Telefon mobil	eMail	

Hiermit erkläre ich unter Anerkennung der Satzung meinen Beitritt zum VNSB in der zutreffenden Klasse zum angegebenen Datum. Nach Abschluss meiner Ausbildungs- / Anwärterzeit werde ich automatisch der entsprechenden höheren Klasse zugeordnet (Bitte ab-Datum unten eintragen). Ich verpflichte mich, weitere Beförderungen oder Adressen- / Kontoänderungen formlos anzuzeigen.

Erklärung Kooperationspartner Signal-Iduna	
! Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an den Kooperationspartner des VNSB, die Signal-Iduna Gruppe, weitergegeben werden. Bei Anwärtern kann bei Ablehnung keine Dienstunfallversicherung übernommen werden.	JA

	Klasse	Bezeichnung	mtl. Beitrag	Datum ab
<input type="checkbox"/>	Ia	Hilfskasse Ehepartner (nur in Verb. mit Klassen II – V)	€ 0,59	
<input type="checkbox"/>	Ib	Witwe / Witwer	€ 1,76	
<input type="checkbox"/>	II	Beamte im Vorbereitungsdienst, Pensionäre, Mutterschutz und Erziehungsurlaub, Angestellte bis EG 5	€ 3,82	
<input type="checkbox"/>	III	Bedienstete in Teilzeit	€ 6,18	
<input type="checkbox"/>	IV	Beamte A7 bis A10, Angestellte EG-Gruppe 6 - 8	€ 8,52	
<input type="checkbox"/>	V	Beamte ab A11, Angestellte ab EG-Gruppe 9	€ 11,47	

Datenschutz / Datenverwendung / Persönlichkeitsrechte:

Der Verband erhebt, verarbeitet und nutzt personenbezogene Daten seiner Mitglieder ausschließlich zur Erfüllung der in der Satzung aufgeführten Zwecke und Aufgaben. Durch die Beitrittserklärung und die damit verbundene Anerkennung der Satzung stimmen die Mitglieder diesem zu. Jedes Mitglied kann jederzeit Einsicht in die gespeicherten Daten erhalten, eine Berichtigung vornehmen lassen oder die Löschung verlangen, sofern keine gesetzlichen Bestimmungen (Aufbewahrungsfristen) dem entgegenstehen. Eine anderweitige Datenverwendung (z.B. Datenverkauf an dritte) ist nicht statthaft. Durch die Mitgliedschaft und die damit verbundene Anerkennung der Satzung stimmen die Mitglieder der Veröffentlichung von Bildern und Namen in Print- und Telemedien, sowie elektronischen Medien zu, soweit dieses den satzungsgemäßen Aufgaben und Zwecken des Verbandes entspricht.

Im Übrigen verweisen wir auf die Datenschutzerklärung auf unserer Homepage www.vnsb.de/datenschutzbestimmung.

Einzugsermächtigung:

Ich ermächtige / Wir ermächtigen den VNSB widerruflich, die von mir / uns zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit durch Lastschrift von meinem / unserem Konto einzuziehen.

SEPA-Lastschriftmandat:

Ich ermächtige / Wir ermächtigen den VNSB Zahlungen von meinem / unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein / weisen wir unser Kreditinstitut an, die vom VNSB auf mein / unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis:

Ich kann / Wir können innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem / unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Zahlungsart:

Wiederkehrende Zahlung und einmalige Zahlung

Die Mitgliedsbeiträge werden regelmäßig eingezogen. Über den Turnus und die erstmalige Belastung werde ich unter Angabe von Gläubiger-ID und Mandatsnummer schriftlich informiert. Zu einmaligen Zahlungen kann es im Fall von Rücklastschriften und oder unterjährigem Eintritt / Austritt kommen. Hierüber wird gesondert informiert. Änderungen in den wiederkehrenden Zahlungen werden ggf. über eine Jahreshauptversammlung bekannt gegeben.

Zugehörigkeit zur Hilfskasse:

Alle Neumitglieder vor Vollendung des 40. Lebensjahres sind automatisch in der Hilfskasse. Ab dem vollendeten 40. Lebensjahr ist keine Aufnahme in die Hilfskasse möglich.

IBAN (max. 22 Stellen)	BIC (max. 11 Stellen)	Bank
Ort, Datum		Unterschrift

Bitte das Original an den VNSB Landesschatzmeister schicken und für den Ortsverband und das neue Mitglied kopieren!

Aufgenommen in die Mitgliederdatei Ortsverband	Aufgenommen in die Mitgliederdatei Landesverband
--	--

VNSB-Landesvorstand beim Niedersächsischen Ministerpräsidenten

Als am 08.07.2021 der **VNSB** vor dem Niedersächsischen Landtag in einer Demonstration seinen Unmut über die nach wie vor angespannte finanzielle und personelle Lage im Justizvollzug kund tat, rechnete zunächst niemand damit auch die Landesspitze zu erreichen. So kam es, dass an diesem Tag auch der Ministerpräsident aus Niedersachsen, Herr Stephan Weil im Landtag zu gegen war. Der Vorsitzende des **VNSB**, Oliver Mageney nutzte den Moment der Ankunft,

de innerhalb des Landesvorstandes über diesen Teil-Erfolg vorstellen!

Am 03.11.2021 war es soweit und der **VNSB**-Landesvorstand, vertreten durch seinen Vorsitzenden Oliver Mageney, dem Schatzmeister Thomas Gersema und dem Schriftführer Ralf Schlütemann, folgten der Einladung des Ministerpräsidenten ins Kabinettszimmer in der Niedersächsischen Staatskanzlei. Im Beisein der nds. Justizministerin Barbara Havliza kam es



von links nach recht: R. Schlütemann, Th. Gersema, Ministerin Havliza, Ministerpräsident Weil, O. Mageney

um die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf den Verband und den Vollzug zur richten. In einem kurzen Gespräch gelang es, das Interesse zu steigern, jedoch gab der Ministerpräsident offen zu, nicht umfänglich über den aktuellen Sachstand im Justizvollzug unterrichtet zu sein (wir berichteten – **VNSB**-Info 3/2021, S. 17 u. BSBD-Der Vollzugsdienst, Niedersachsenteil). Ministerpräsident Weil signalisierte jedoch Gesprächsinteresse.

Ob das wohl ernst gemeint war, war sicher auch eine Frage, die mal im **VNSB**-Landesvorstand aufkam. Aber fast so schnell, wie ein Anschreiben mit einem Kurzmemorandum des **VNSB** das persönliche Büro des Ministerpräsidenten erreichte, so schnell erfolgte eine Antwort mit tatsächlich einer Einladung zu einem persönlichen Gespräch. Man darf sich hier gerne einmal nicht nur die Überraschung, sondern auch die Freu-

zu einer sehr freundlichen, offenen Begrüßung durch Herrn Ministerpräsident, der sich fortan aus dem Justizvollzug berichten ließ:

Zunächst wollte der Ministerpräsident über Eckdaten wie Personalstärke (gut 3560 Bed.) und Anzahl der Inhaftierten (ca. 4750) Bescheid wissen. Seine Frage, ob dieses Verhältnis üblich bzw. schon immer so gewesen sei, wurde zwar bejaht, jedoch konnte in diesem Zusammenhang auf eine (zwangsweise) Fast-Umkehr vom Behandlungs- in einen reinen Verwahrvollzug aufgrund stetiger Mehraufgaben bei gleichbleibender Personalstärke hingewiesen werden, mit dem Vermerk, dass dies nicht ein wirkliches Ziel von Interesse sein kann.

Natürlich wurde auch kurz über die COVID-19-Pandemie speziell für den Vollzug und das damit zusammenhängende Impfen gesprochen. Hier konnte dem Ministerpräsidenten ein

nahezu reibungsloser Verlauf und auch gute Zusammenarbeit mit dem Justizministerium zurückgemeldet werden.

Weiter wurde der Ministerpräsident durch den **VNSB-LV** ausführlich über die Haftplatzkapazitäten und die Belegungssituation, die eine Binnendifferenzierung kaum noch möglich machen, in Kenntnis gesetzt. Auch das sich der Vollzug tendenziell bis 2023 bzgl. seiner Haftplätze in den Minusbereich bewegt statt das zu einer Haftplatzvermehrung kommt.

Gemeinsam mit Frau Ministerin Havliza wurde auf die immense Zunahme neuer, chemisch zusammengesetzter Drogen aufmerksam gemacht, und auf das fast unmögliche Auffinden solcher Substanzen, bspw. in aufgedampfter Art und Weise in der Briefpost der Gefangenen. Gleichzeitig wurde auf seine Nachfrage hin der Ministerpräsident darüber aufgeklärt, dass das Personal des Justizvollzuges mit geschätzt mehr als 75 % Suchtmittelabhängiger- und damit zum Teil psychisch auffälliger Inhaftierter tagtäglich zu tun hat.

Ins Detail ging es schließlich, als über den kapitelspezifischen Durchschnittssatz und den bereits im Jahr 2003 ermittelten Stellplan sowie die seit 2018 verpasste Chance gesprochen wurde, dem Justizvollzug seinen anerkannten, aber nicht zugestandenen Personalbedarf von 200 Stellen gerecht zu werden. Aus dem Justizministerium heißt es zwar, dass 45 Stellen geschaffen wurden; dem konnte der **VNSB** entgegenhalten, dass lediglich 6 „Köpfe“ also (Wo)Manpower davon in den Justizvollzugsanstalten angekommen ist, der Rest höchstens zur Gegenfinanzierung genutzt wurde. Der Ministerpräsident fragte nach, wie das sein kann und wurde nun darüber informiert, dass es schon ein langer Prozess war, überhaupt mit dem MJ auf eine einheitliche Sprache zu kommen, nicht stets von Stellen oder Beschäftigungsvolumen (BV) zu sprechen, sondern nun einheitlich „BV in VZE“ (Vollzeiteinheiten) die Nenngröße für tatsächliches Personal ist. Dies machte der **VNSB** in seiner aktuellen Landtagseingabe auch damit deutlich, dass nunmehr statt 200 Stellen 240 BV (VZE) gefordert werden. Das wiederum schien beim Justizministerium immer noch nicht ganz verinnerlicht zu sein; leider blieb auch die Diskrepanz zwischen 6 und 45 letztlich auch auf Grund der Zeit unausgesprochen. Hier ist noch nichts vom Wahlversprechen eines sachlich und personell gut ausgestatteten

Justizvollzuges zu spüren. Nicht unerwähnt blieb an dieser Stelle, dass das Justizvollzugspersonal (inkl. der lediglich 6 Zuwächse) haushälterisch abgesichert ist, also bezahlt werden kann. Ergo – für mehr Personal wird künftig auch mehr Geld benötigt.

Das liebe Geld... Leider zückte Herr Ministerpräsident auch nicht gleich das Portemonnaie, als vom Landesvorstand erwähnt wurde, dass ca. 5 Mio. € nötig wären, um am Bildungsinstitut des nds. JustV die nötigen Baumaßnahmen zu treffen, die es überhaupt erst ermöglichen würden, die anstehende Anwärterflut (nötig ist sie – hoffentlich kommt sie) adäquat auszubilden und vor allem unterzubringen. Erinnert wurde daran, dass der ehemalige Staatssekretär im MJ, Herr Dr. von der Beck die Hälfte der Summe eigentlich schon zugesichert hatte. Der Argumentation aus dem Justizministerium, dass uns ein paar Unterkunftsplätze ja nun auch nicht weiterbringen würde, trat der **VNSB** entschieden entgegen. Hätte man 2018, als der **VNSB** das erste Mal auf die Problematik aufmerksam machte, angefangen, wäre man weiter! Ein Ausbau um 15 Unterkunftsplätze und eines Multifunktionsraumes wäre ein Einstieg in die bisherigen Versäumnisse!

Letztlich wiederholten die Landesvorstandsmitglieder des **VNSB** beim Ministerpräsidenten die Forderungen des Verbandes nach dem anerkannten BV/VZE. Auch die Anerkennung von 25 Jahren Wechselschichtdienst wurde erneut gefordert. Die 80 ND-Stunden die dazu in 10 Wochen erreicht werden sollten, sind aus Sicht des **VNSB** utopisch; hier hat der Gesetzgeber etwas geschaffen was nicht umsetzbar ist - und das ist per se schon ein Gesetzesverstoß. Abschließend wurde das Vollziehen der Umsetzung der angehobenen Stellenobergrenzenverordnung gefordert. Die Meinung aus dem Justizministerium, dass andere Berufsgruppen dies auch fordern würden, konterte der **VNSB** damit, dass die rechtlichen Bedingungen für den Justizvollzug bereits geschaffen sind! Sie müssen nun eben mal mit Geld (783.000 €) hinterlegt werden. Dem Ministerpräsidenten wurden hierzu sog. „One-Pager“ (präzise Formulierung auf einer Seite) überreicht, die sehr gut ankamen.

Ministerpräsident Weil stellte sich am Ende richtigerweise drei Fragen:

1. Wieviel Personal haben wir denn nun im Justizvollzug (6 mehr oder 45 mehr)?

VNSB-Landesvorstand beim Niedersächsischen Ministerpräsidenten

2. Kann man möglicherweise durch Abspecken im Verwaltungsaufwand Luft schaffen (da nach besonderen Vorkommnissen ein stetiger Mehraufwand an Schreibearbeit zur Prävention anfällt).

3. Bauliche Fragen (Sachstand am BI, aber auch bspw. an der JVA Hannover; Modulbauweise)

Hierzu möchte er sich durch sein Referat schlau machen.

Leider kann nicht unerwähnt bleiben, dass es aber auch zu Ernüchterung kam. Denn der Ministerpräsident konnte dem **VNSB**-Landesvorstand keine Versprechen machen, da ein Doppelhaushalt ansteht. „Für diesen ist die Messe bereits gelesen“.

Jetzt kommt es wahrscheinlich wieder – was soll schon die Verbandsarbeit oder eine Demonstration vor dem Landtag – sie führt ja eh zu nichts. Das darf man nun aber auf gar keinen Fall so sagen, denn ohne diese Arbeit wüsste Herr Weil gar nichts von den Zuständen rund um den- und innerhalb des Justizvollzuges. Jetzt ist er zumindest unterrichtet und vielleicht stellt er bei kommenden Haushaltsverhandlungen ja die Frage, ob es oben eine Stelle mehr sein muss oder ob an der Basis (Vollzug) noch was offen ist!

Zumindest war Ministerpräsident Weil so interessiert, dass er zugab, sich zuletzt zu wenig mit dem Justizvollzug auseinandergesetzt zu haben. Auch wolle er in absehbarer Zeit mal wieder eine Anstalt aufsuchen. Ihm wurde seitens des **VNSB** die vor der Haustür liegende, statisch interessante JVA Hannover empfohlen.

In knapp 10 Monaten wird dann über einen Nachtragshaushalt bzw. über die politische Liste gesprochen. Hierzu bot Herr Ministerpräsident Weil dem **VNSB**-Landesvorstand anerkennender Weise erneut den Dialog an! Wir kommen auch hierauf alsbald zurück.

Der **VNSB** bedankt sich ausdrücklich bei Ministerpräsident Stephan Weil für die aufgebrauchte Zeit, das offene Ohr und die geführte Debatte.

Für den VNSB-Landesvorstand
Ralf Schlütemann
-Schriftleitung-

Termine und Änderungen

Datum	Veranstaltung und Veranstaltungsort
16.01.2022	Klausurtagung des VNSB-LV - Achim
17. - 18.01.2022	Gemeinsame Tagung mit den OVV - Achim
09.10.2022	Landtagswahlen - Niedersachsen
06. - 09.11.2022	BSBD-Ländertreffen - Saarland

Der VNSB ist Mitglied im



Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



NBB
Niedersächsischer
Beamtenbund und
Tarifunion



dbb
beamtenbund
und tarifunion



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah



Ein trauriger Jahrestag - Salinenmoor-Geiselnahme geschah vor 25 Jahren

Die schreckliche Geiselnahme in der mittlerweile stillgelegten JVA Salinenmoor machte damals bundesweit Schlagzeilen. Jetzt begleitete die CZ die ehemalige Anstaltsleiterin Katharina Bennefeld-Kersten bei einem Rundgang durch das Gefängnis. Dabei erinnert sie sich an die damaligen Geschehnisse.

Geiselnahme in der JVA Salinenmoor: Der Schwerverbrecher H. M. kommt unter einem Vorwand in das Zimmer der Sozialarbeiterin und überwältigt sie mit einem von beiden Seiten geschärften Messer. Der Mörder fesselt die Frau und vergewaltigt sie. Ihr gelingt es trotzdem, den Alarmknopf zu drücken. Das Zimmer, das nur einen Ausgang hat, wird umstellt. Anstaltsleiterin Katharina Bennefeld-Kersten fällt einen folgenschweren Entschluss: Sie lässt sich austauschen.

Das Ganze ist 25 Jahre her. „Er hat zunächst keine Forderungen gestellt. Er verlangte nur, dass Ruhe ist“, erinnerte sich Bennefeld-Kersten später. Denn die anderen Gefangenen wurden zu einer ungewöhnlichen Uhrzeit eingeschlossen und trommelten auf ihren Türen. Die Anstaltsleiterin wollte gegen den Rat ihrer Kollegen keine Waffe mit ins Zimmer nehmen. „Als langjährige Psychologin dachte ich, dass ich einen guten Zugang zu ihm habe. Wenn er alleine war, konnte er sein Macho-Gehabe auch mal ablegen.“ Zudem kannte sie M. als Sprecher der Sicherungsverwahrten. Doch die Anstaltsleiterin irrte sich: M. vergewaltigte auch sie. Später forderte der Geiselnahme einen BMW als Fluchtwagen und 200.000 D-Mark in bar.

Erst nach vier Stunden beendete das SEK die Geiselnahme. M. gab auf und ließ sich festnehmen. In der Zelle des Gefangenen wurden zahlreiche weitere Messer und Gabeln gefunden. Die Geiselnahme fand damals in vielen bundesweiten Medien Beachtung. Als Konsequenz aus dem Vorfall wurde in jedes Zimmer der JVA ein zweiter Ausgang gebaut, damit die Angestellten im Ernstfall fliehen konnten.

Bennefeld-Kersten gab sich damals kämpferisch, war schon nach drei Tagen wieder bei der Arbeit. Heute sagt sie: „Ich denke nur noch daran zurück, wenn mich jemand danach fragt.“ Ihr Schicksal hielt sie im Buch „Die Geisel“ fest. Später wurde ihre Geschichte auch verfilmt.

Bis ins Jahr 2002 blieb sie Anstaltsleiterin und wechselte dann zum kriminologischen Dienst. In dieser Zeit bis zu ihrer Pension im Jahr 2012 forschte sie zu Selbstmorden hinter Gittern. Zwei Bücher verfasste Bennefeld-Kersten zu dem Thema. Noch bis heute lässt die Frau, die „40 Jahre Knasterfahrung“ hat, das Thema Suizid in Justizvollzugsanstalten nicht los.

Auch im Ruhestand lässt sie sich noch Zahlen zu diesem Thema aus allen Bundesländern schicken. Ein drittes Buch ist am 01. September 2016 erschienen. Angelehnt an den Spieleklassiker Monopoly heißt es: „Gehen Sie ins Gefängnis, gehen Sie direkt dorthin.“

Immer Wachsam bleiben.

Änderung des Ortsverbandes - der Anschrift - der Amtsbezeichnung / Bes.-Grp.

Name		Vorname		Geburtsdatum	
bisheriger / neuer OV		bisherige / neue JA/JVA		neue Amtsbez. / Bes.-Grp	
Alte Anschrift / PLZ		Straße		Wohnort	
Neue Anschrift / PLZ		Straße		Wohnort	
Gültige Telefonnummer		Fax-Nummer		Handy-Nummer	
				E-Mail-Adresse	

Änderung der Bankverbindung

IBAN		BIC (SWIFT-Code)	
Kontoinhaber: Name, Vorname (falls abweichend vom Mitglied)			

Die voranstehenden Angaben sind gültig ab dem: _____

Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten an die Kooperationspartner des VNSB weitergegeben werden können. Bei Auszubildenden / Anwärtern ist wegen der zusätzlich kostenlos versicherten Risiken die Zustimmung Voraussetzung für eine Leistungsgewährung. ja nein

Ort, Datum		Unterschrift Mitglied		Unterschrift Kontoinhaber	
Eingangsdatum – Namenszeichen – notiert OV			Eingangsdatum – notiert – Landesschatzmeister		



Herzlich willkommen!

RESTAURANT
off Wildnis
BAR

GIESCHEN'S HOTEL***

Konferenzen, Familienfeiern – oder einfach eine gute Zeit in unserem Restaurant. Bei uns erleben Sie hervorragende Küche und zuvorkommenden Service!

Restaurant und Bar haben täglich von 12.00 – 14.30 Uhr und von 18.00 – 22.00 Uhr für Sie geöffnet.

Wild auf Wild! Frisches Wildbret aus eigener Jagd. Auf unserer Speisekarte und im Außer-Haus-Verkauf. Denken Sie schon jetzt an die Vorbestellung für die Feiertage.

**Obernstr. 12 | 28832 Achim | Tel. 04202-88480 | Fax: 04202-8848-100
www.gieschens-hotel.de | info@gieschens-hotel.de**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 24.09.2021 ist unser hoch geschätzter Kollege,

Hauptsekretär im Justizvollzugsdienst Stefan Meier,

im Alter von nur 37 Jahren gestorben.

Im Juli 2020 erhielt Stefan die verheerende Nachricht, dass er an Leukämie erkrankt ist. Für ihn und die Familie war es ein unbeschreiblicher Schock. Stefan heiratete im November 2019 und ist im Januar 2020 Vater eines gesunden Jungen geworden.

Anfänglich zeigte sich die medizinische Behandlung vielversprechend. Die angewendete Chemotherapie wurde vom Körper gut angenommen und zerstörte die Krebszellen. Nach einigen Komplikationen im Krankheitsverlauf zeigte sich eine stetige Verbesserung seines Zustandes. So konnte dann im Frühjahr 2021 der Genesungsprozess beginnen. Das Ziel war, bereits im Herbst dieses Jahres mit der Wiedereingliederung zu beginnen.

Mit großem Entsetzen bekam Stefan dann im Sommer die Nachricht, dass die Krebszellen wieder in dramatischer Anzahl angestiegen sind. Die Familie, Freunde und die Kollegen waren trotz des Schocks davon überzeugt, dass Stefan auch dieses Mal den Krebs besiegen würde. Im September wurde jedoch klar, dass der Krebs resistent gegen die medizinische Behandlung geworden ist. Und Ende September traf uns die lähmende Nachricht, dass Stefan Meier den Kampf verloren hat und für immer von uns gegangen ist. Stefan erarbeitete sich im gesamten Kollegium einen bemerkenswerten Ruf. Im Kollegium war er in allen Bereichen sehr angesehen. Seine

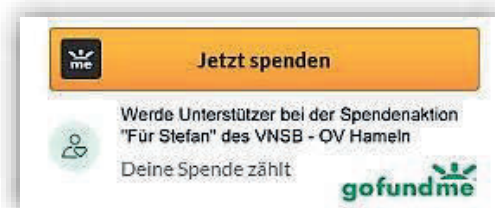


Fröhlichkeit und seine freundliche und faire Art waren bei allen Dienstgruppen beliebt. Als Kollege des Allgemeinen Vollzugsdienstes zeigte er sich als engagierter und zuverlässiger Kollege.

Im Verlauf seiner Krankheit belebte er die unterschiedlichen Orte, die er zur Behandlung besuchen musste. Er schaffte es die Menschen um sich herum zu verbinden und für eine harmonische und humorvolle Atmosphäre zu sorgen. Die Mitarbeiter der Arztpraxen, wie auch der Krankenhäuser erkundigten sich regelmäßig nach ihm und umsorgten ihn und seine Familie in einem beispiellosen Maß.

Unter dem Kennwort „Für Stefan“ sammelt der VNSB Ortsverband Hameln nun landesweit Geldspenden für die Witwe und den Sohn von Stefan Meier. Das Geld wird unter anderem für die Ausbildung von Stefans Sohn Verwendung finden.

www.gofundme.com/f/fr-stefan/donate



Die Sammeltätigkeit wird bis zum 31.12.2021 durchgeführt.

Wir danken, auch im Namen der Familie, allen Spendern ganz herzlich.

Generalversammlung des VNSB-Ortsverbandes Uelzen

- Wilhelm Hartmann für 40-jährige Mitgliedschaft geehrt -



Applaus für 40 Jahre Mitgliedschaft - W. Hartmann

Traditionell hält ja der VNSB-Ortsverband Uelzen seine Generalversammlung stets am ersten Freitag im Februar ab. Das hat den Vorteil, dass man i. d. R. vor politischen Wahlterminen bereits aufgestellt ist sowie, dass das jeweilige Kalenderjahr zum sich Konstituieren noch vor einem liegt. Wer der Tradition des OV Uelzen folgt, wird auch noch eine weitere Wichtigkeit erkennen – das allseits beliebte (fast geforderte) Grünkohlbuffet! Über Grünkohl sagt der Volksmund, dass er erst nach dem ersten Frost so richtig schmeckt; die Voraussetzung ist im Februar nun eher gegeben als im November. Heute, am 05.11.2021 wird hierzu jedoch eine ortsverbandsinterne Studie durchgeführt...

Warum die Generalversammlung Uelzen nicht im Februar stattfinden konnte, liegt auf der Hand – die COVID-19-Pandemie verändert die Welt. Wenn nicht der zweite Monat im Jahr möglich ist, dann, so war es die Idee im Ortsverbandsvorstand, greifen wir auf den vorletzten Monat des Jahres zurück. Um so weiter liegt möglicherweise Corona bereits hinter uns. Letzteres

ist leider nicht eingetreten aber wir konnten den Termin trotzdem halten. Und so kann man heute sagen, fand erstmals (und hoffentlich letztmalig) die Generalversammlung des OV Uelzen unter „2-G-Regelung“ statt. Denn logischerweise war auch unser Versammlungsort, der Niedersachsenkrug in Uelzen, an bestehende Schutzmaßnahmen gebunden.

26 Kollegen/innen kamen zur langersehnten Versammlung ihres Ortsverbandes zusammen. Ralf Schlütemann, der Ortsverbandsvorsitzende, hatte diesmal aus den oben bereits genannten und für alle nachvollziehbaren Gründen keinerlei externe Teilnehmer aus der örtlichen Politik, der VNSB-Partner ‚Signal Iduna‘ oder ‚BBBank‘ sowie aus dem VNSB-LV geladen. Aus der Landesvorstandsarbeit kann Ralf seit 2019 ja aber auch selbst aus erster Hand berichten was nun auch im weiteren Verlauf getan wurde.

Gespannt lauschten die Mitglieder dem Vortrag des Ortsverbandsvorsitzenden, der diesmal eben auch mangels der coronaeinschränkenden Möglichkeiten etwas sporadischer ausfiel (was im

Allgemeinen als nicht ganz so tragisch angesehen wurde, grrr...). So wurde nur kurz ein kleiner Rückblick auf fast zwei Jahre Ortsverbandsarbeit gegeben. Nicht unerwähnt ließ Ralf die Hauptvorstandssitzung des Verbandes vom 07. auf den 08.10. sowie die erfolgte Demonstration vor dem nds. Landtag vom 08.07. An dieser Stelle wies Ralf noch mal auf die wirklich vollzugsrelevanten Themen und Forderungen hin, die an diesem Tag der Politik deutlich gemacht wurden:

- **Anerkanntes Beschäftigungsvolumen (BV) in Vollzeiteneinheiten (VZE) für den Justizvollzug**
- **Anerkennung von 25 Jahren Wechselschichtdienst, unabhängig von der, Wechselschichtdienstzulage'**
- **Umsetzung der Stellenobergrenzenverordnung und entsprechende Anpassung der Stellenpläne**

Ralf rief die Uelzer Kollegen/innen hier zu mehr Engagement auf, sich für die Forderungen und Rechte im Vollzug zu zeigen. Denn einen großen Erfolg hatte die Demo schon einmal eingebracht und wird im VNSB auch als Highlight angesehen. Der VNSB-LV hatte es geschafft, an diesem Tag eine Einladung für den 03.11. ins Büro des nds. Ministerpräsidenten Stephan Weil zu bekom-



Gewählter Ortsverbandsvorstand

men (siehe dazu Bericht in dieser Ausgabe). So konnte die über dem MJ und MF stehende Landesführung aus erster Hand über die dringend anstehenden- und gesetzlich fundamentierten jedoch immer noch nicht umgesetzten Maßnahmen im Justizvollzug unterrichtet werden.

Alexander Müller, Schatzmeister im OV, konnte ebenso seinen Bericht kurzhalten. Hervorzuheben ist die gute Mitgliederentwicklung. Aus den letzten beiden Anwärtereinstellungen konnten 100% Eintritte gewonnen werden; mit Zuwachs aus dem bestehenden Kollegium freut sich der OV Uelzen über die Schnapszahl von **111** Mitgliedern. Das ausgesprochene Ziel von 120

(wichtig für die Delegiertenanzahl) ist zwar noch offen – und so geht der Aufruf an all die Kollegen/innen aus Uelzen, die sich noch nicht organisiert haben – dem VNSB beizutreten. Denn die o. g. Forderungen dürften und sollten für alle interessant sein!

Die OV-Kasse war geprüft, der Kassenbericht lag vor und der Vorstand wurde auf Antrag aus dem Plenum hin entlastet. Als langjähriges Vorstandsmitglied stellte sich unser Pensionär Willi Völz bereit, die nun anstehenden Wahlen durchzuführen. Diese brachten die Bestätigung im Amt unseres Schatzmeisters Alex Müller und die Bestätigung des stellvertretenden Vorsitzenden Helmut Lübbehüsen. Ganz toll – als zweite Kassenprüferin stellte sich aus dem Anwärterkreis Kollegin Laura-Sophie Husen zur Verfügung und wurde einstimmig gewählt. Vielen Dank für euren Einsatz!

Kommen wir auf die Grünkohlstudie zurück – endlich! Denn eindeutig kann festgehalten werden: Grünkohl schmeckt auch vor dem ersten (richtigen) Frost. Das bestätigten die Mitglieder einstimmig dem Vorsitzenden, der diesen Dank gerne an den Niedersachsenkrug weitergab.

Mit **Wilhelm Hartmann** (Schatzmeister im OV Uelzen von Oktober 1992 – März 2010) erreicht nach Gabi Bröcher (2017) das 2. Mal ein Mitglied aus dem OV Uelzen die **40-jährige Mitgliedschaft** im Verband. Was für eine Ehre für den OV Ralf Schlütemann, diese Ehrung vorzunehmen. Über eine kleine Rede und viel Applaus freute sich Wilhelm sichtlich. Hochachtung für so viel Treue zum Verband. P. S.: Nach der Aktion „Pensionärs-Email-Adressen“ liegen diese fast geschlossen vor und erleichtern die Kommunikation – siehe VNSB-Info-Ausgabe 02/2020, S. 23.

Das allseits beliebte „KampfkniFFeln“ (...wie die Zeit vergeht – KniFFeln ist nicht mehr allen bekannt; kann jedoch schnell erlernt werden) brachte eine Siegerin hervor. Kollege H.-G. Lange konnte den Wanderpokal nur knapp nicht verteidigen (2. Platz). Das beliebte Stück ging an unsere Anwärterin Katia Schmidt und wird für ein Jahr ihrer Wohnzimmerdekoration die entsprechende Designvorgabe liefern. Herzlichen Glückwunsch!

Wir haben noch lange zusammengesessen.

Für den Ortsverband Uelzen
Ralf Schlütemann
-Vorsitzender-

Sitzung des Seniorenausschusses

Bundessenorenvertreter Klaus Neuenhüsgens geht von Bord - Ausschuss empfiehlt Nachfolge

Vom 20. - 21. September traf sich der Seniorenausschuss des BSBD zu seiner diesjährigen Sitzung in Freiburg/Brsg.

Da der Kollege Neuenhüsgens sich nach dem Gewerkschaftstag im November nach 40 Jahren aus der Gewerkschaftsarbeit zurückzieht, galt es die Nachfolge auf den Weg zu bringen. Nach der Satzung obliegt es dem Seniorenausschuss dem Hauptvorstand einen Vorschlag zu unterbreiten. Der Ausschuss verständigte sich einstimmig auf den Kollegen Wieland Meyer, Seniorenvertreter des Landesverbandes Bayern.

Im Vordergrund der Beratungen stand naturgemäß die Bundestagswahl mit den Aussagen der Parteien zur Seniorenpolitik. Für den Ausschuss geht es hierbei vorrangig um den Stellenwert und die Struktur der Seniorenpolitik, die Rechte älterer Menschen, die Alterssicherung, die Teilnahme, die Gesundheit und die Pflege, das Wohnen und das Wohnumfeld und letztlich natürlich auch die Digitalisierung.

Die Analyse hat zweifelsohne wuchtige und mitunter heilsbringende Zusagen und Positionen ergeben. Für den Ausschuss wird sich zeigen, was ist Dichtung, was ist Wahrheit. In der künftigen Seniorenarbeit wird es darauf ankommen, ein BSBD-Ranking zu erarbeiten und das – flankiert durch den dbb und anderen Organisationen, wie der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen – einzufordern.

Da dies die letzte Sitzung für Klaus Neuenhüsgens als Vorsitzender des Seniorenausschusses war, freute es ihn sehr, dass der Bundesvorsitzende Rene Müller, sein Stellvertreter Horst Butschinek und der Landesvorsitzende Alexander Schmid (BW) ihre Aufwartung machten.

Folgende Kollegen nahmen für die Landesverbände an der Sitzung teil: Georg Konrath (Baden-Württemberg), Wieland Meyer (Bayern), Manfred Kühne (Brandenburg), Thomas Barendt (Hamburg), Wolfgang Brückner (Mecklenburg-Vorpommern), Hans Musfeldt (Niedersachsen), Berthold Hambach (Nordrhein-Westfalen), Ambrosius Luzius (Rheinland-Pfalz) und Wilhelm Schulz (Schleswig-Holstein).

Für die Zukunft wünschte er seinem Nachfolger eine glückliche Hand bei der Ausübung seiner Aufgaben und der Seniorenarbeit im BSBD insgesamt eine weiter Progression.

Hans Musfeldt
Pensionärbeauftragter im OV Uelzen und
Fachgruppenvertreter Ruhestandsbedienstete

Sommerfest des OV Wolfenbüttel

Am Freitag dem 17.09.2021 trafen sich Mitglieder des OV Wolfenbüttel, um gemeinsam ein Grillfest durchzuführen. Im Rahmen der Veranstaltung wurde unter anderem ein Schriftführer, Thorsten Hentschel, kommissarisch bis zur nächsten Jahreshauptversammlung eingesetzt. Thorsten freut sich auf seine neue Aufgabe im Vorstand des Ortsverbandes. Weiterhin konnte



Sommerfest Schaufenster

der Vorsitzende Sascha Wand mit Holger Stramka den zweiten Vorsitzenden des OV, für 25 Jahre Mitgliedschaft im VNSB ehren. Der Einladung des OV Vorsitzenden ist ebenfalls Frau Dunja Kreiser MdL gefolgt. Frau Kreiser ist im Landtag unter anderem im Unterausschuss Strafvollzug tätig. Sie stellte sich den Fragen der Mitglieder und es wurde konstruktiv diskutiert. Frau Kreiser wurde durch den OV Vorsitzenden mit mahnenden Worten verabschiedet, dass die bereits im

Koalitionsvertrag vereinbarte Personalerhöhung sich nicht nur auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften beschränken darf, denn wo mehr ermittelt und verhandelt wird, kommt es auch zu mehr Verurteilungen. In den Anstalten fehlt aber leider das Personal um die gesetzlich festgeschriebenen Behandlungsaufgaben auch umzusetzen. Frau Kreiser sagte zu, die Problematik nochmals im Unterausschuss vorzutragen.



Ehrung 25 Jahre Stramka

Es wurde noch intensiv weiterdiskutiert und auch das ein oder andere Bier getrunken. Bis sich die Versammlung in den späten Abendstunden auflöste. Die Beteiligten waren sich einig, dass es im nächsten Jahr eine Wiederholung geben sollte.

Für den OV Wolfenbüttel
Sascha Wand

Unsere Fachgruppenvertreterinnen und Vertreter im VNSB

- Fachgruppenvertreter des Allgemeinen Justizvollzugsdienstes
kommissarisch Marco Kohrs · JVA Celle
fgv-avd@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter des Verwaltungsdienstes der Laufbahngruppe 1, Einstiegsamt 2
Alois Plagemann · Tel.: 0591/64674
fgv-verwaltungsdienst@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter des Werkdienstes
Daniel Möller · JA Hameln · fgv-werkdienst@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter des Sanitätsdienstes
Carsten Janecke · JVA Sehnde · fgv-sanitaetsdienst@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter des Pädagogischen Dienstes
Tim Haubrich · JVA Meppen · fgv-paedagogen@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter des Ärztlichen Dienstes
vakant
- Fachgruppenvertreter des Psychologischen Dienstes
vakant
- Fachgruppenvertreter des Sozialen Dienstes
Oliver Meyer · JVA Vechta · Tel.: 04441/884 0
fgv-sozialerdienst@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Vollzugsabteilungs- und Fachbereichsleitungen
Tobias Hebestreit · JA Hameln · fgv-geh.dienst@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Anstaltsleitungen und stellv. Anstaltsleitungen
vakant
- Fachgruppenvertreterin der weibliche Bediensteten
vakant
- Fachgruppenvertreter der Schwerbehinderten
Reiner Lytze · JVA Meppen
fgv-schwerbehinderte@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Anwärterinnen und Anwärter
Eduard Heit · JVA für Frauen Vechta
fgv-anwaerter@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Ruhestandsbediensteten
Hans Musfeldt · Tel.: 0581 21299051
fgv-pensionaere@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter der Jugendarrestanstalten
Werner Lübbers · JAA Emden · fgv.jugendarrest@vnsb.de
- Fachgruppenvertreter Bildungsinstitut
Jens Rybicki · Bildungsinstitut Justizvollzug
fgv-Bildungsinstitut@vnsb.de

100 JAHRE



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB Bank
Better Banking

0 % Ausgabeaufschlag* 1 Prämie 100 % Zukunft

Schon ab 25,- Euro monatlich mit
Fonds von Union Investment sparen

Aus Geld Zukunft machen

Jetzt limitierten adidas
Rucksack mit Parley
Ocean Plastic® sichern**

Teilnahmebedingungen unter
www.union-investment.de/
teilnahmebedingungen



 Union
Investment

* 0 % Ausgabeaufschlag gilt ausschließlich bei einem Erwerb in das UnionDepot Komfort – dies ist bei vermögenswirksamen Leistungen, der UniProfiRente Select und bei Depots von Minderjährigen aktuell nicht möglich.

** Der adidas Rucksack ist Primeblue, ein High-Performance-Material mit mindestens 50 % Parley Ocean Plastic® – recyceltem Plastikmüll, der in Küstenregionen gesammelt wird, bevor er die Ozeane verschmutzen kann.

Den Verkaufsprospekt, die Anlagebedingungen, die wesentlichen Anlegerinformationen sowie die Jahres- und Halbjahresberichte erhalten Sie kostenlos in deutscher Sprache hier oder bei der Union Investment Service Bank AG, Frankfurt am Main. Verantwortlich für die Prämienaktion: Union Investment Privatfonds GmbH. Stand: 15. August 2021.



Vorsitzender:
Oliver Mageney
Tel.: 04761-80880
Mobil: 0171-2420277
Oliver.Mageney@vnsb.de



Stellvertretender Landesvorsitzender:
Engelbert Janßen
Tel.: 04441-81811
Mobil: 0176-11446676
Engelbert.Janssen@vnsb.de



Landesschriftführer:
Ralf Schlütemann
Tel.: 05821-9924918
Mobil: 0173-2146967
Ralf.Schluetemann@vnsb.de



Ehrenvorsitzender:
Willi-Bernhard Albers



Stellvertretender Landesvorsitzender:
Sascha Wand
Mobil: 0175-9714393
Sascha.Wand@vnsb.de



Landesschatzmeister:
Thomas Gersema
Tel.: 05931 – 29076
Mobil: 0176-11446667
Thomas.Gersema@vnsb.de



Landesgeschäftsführer
Friedhelm Hufenbach
Tel.: 050541652
Mobil: 0170-7216878
friedhelm.hufenbach@vnsb.de

**Verband
Niedersächsischer
Strafvollzugs-
bediensteter (VNSB)**

Rechtsschutzstelle@
vnsb.de

Redaktion@vnsb.de

Ortsverbandsvorsitzende

Burgdorf

Uwe Ufferfilge, Peiner Weg 33, 31303 Burgdorf

Bremervörde

kommissarisch Oliver Mageney, Am Steinberg 75,
27432 Bremervörde

Celle

Dorina Vasel, Trift 14, 29221 Celle

Emsland

Sascha Jerzinowski, Grünfeldstr. 1, 49716 Meppen

Göttingen

Frank Laufer, Am Großen Sieke 8, 37124 Rosdorf

Hameln

Martin Kalt, Tündernsche Str. 50,
31789 Hameln

Hannover

Rüdiger Giermann,
Schulenburg Landstraße 145, 30165 Hannover

Lüneburg

Frank Jarcho, Am Markt 7 c, 21335 Lüneburg

Oldenburg

Rainer Schimmelpenning,
Cloppenburger Str. 400, 26133 Oldenburg

Ostfriesland

Michael Glinkowski, Riepster Weg 13,
26802 Moormerland

Sehnde

Dirk Hennies, Schnedebruch 8, 31319 Sehnde

Uelzen

Ralf Schlütemann, Breidenbeck 15, 29525 Uelzen

Vechta

Engelbert Janßen, Willlohstraße 13, 49377 Vechta

Wolfenbüttel

Sascha Wand, Ziegenmarkt 10,
38800 Wolfenbüttel

Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt DP AG

Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter
Berliner Ring 14 · 27432 Hipstedt

VNSB · Berliner Ring 14 · 27432 Hipstedt · ZKZ 68742, PVSt., DP AG, Entgelt bezahlt



**Der VNSB-Landesvorstand
wünscht seinen Mitgliedern
frohe Weihnachten!**